

Beilage zu Nummer 39 der Volksstimme.

Mittwoch den 16. Februar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. Februar 1916.

Neue Wege auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.

Die nur zu berechtigten Klagen der Bevölkerung über die mangelhafte Fleischversorgung haben die maßgebenden Regierungsstellen veranlaßt, zur Regelung der Fleischversorgung einen großzügigen Plan auszuarbeiten, von dem gehofft wird, daß er auf diesem Gebiete eine Besserung schaffen wird: es ist die Syndizierung des Viehhandels, die mit dem 15. Februar d. J. in Preußen ins Leben getreten ist. Ueber diese Neuordnung der Fleischversorgung hielt am Montagabend im Reichstagsgebäude vor Vertretern der Berliner Presse Regierungs- und Landesökonomierat Burdhardt einen instruktiven Vortrag. Redner ging zunächst auf die bekannten Ursachen dieser Mangelerscheinung ein, von welchen als die hauptsächlichste die ungeheure Steigerung der Viehpreise genannt werden muß. Dann folgte er ausführlich auseinander, weshalb von der Einführung weiterer Höchstpreise für Vieh, außer für Schweine, Abstand genommen worden ist. Indem die Reichsregierung Höchstpreise für Schweine nur für die Gebiete eingeführt hat, in welchen sich Schlachthöfe befinden, nahm sie an, daß sich die Preise von hier aus von selbst weiterregeln würden, die Folge aber war, daß die Schweine auf dem Lande aufgekauft und den Wurst- und Konservenfabriken zugeführt wurden, die höhere Preise zahlen konnten. Dies führte zu der Verordnung vom 31. Januar über die Produktionsbeschränkung der Wurst- und Konservenfabriken und außerdem zu den neu festgesetzten Höchstpreisen für Schweine als Stoff. Da aber bei der Regelung der Preise für Rindvieh die Schwierigkeiten in noch höherem Maße vorhanden sind, als bei Schweinen, kam die Regierung zu der Überzeugung, daß diese schwierige Frage nicht durch Höchstpreise, sondern durch einschlägige Interessentenverbände unter staatlicher Kontrolle am besten gelöst werden könnte.

Eine Neuordnung ist nun am 15. Februar in Kraft getreten. Diese Regelung hat den Vorteil, daß sie die Möglichkeit bietet, den gesamten Viehbestand bewirtschaften zu können, ohne Ausschaltung des legitimen Viehhandels. Aufgabe der Verbände ist, den An- und Verkauf von Schlachttier vom Landwirt oder Wäster, sowie den Kommissionshandel zu regeln. Ueber jeden An- und Verkauf von Vieh ist dem Verband Anzeige zu erstatten; diese bildet die Grundlage der Maßnahmen, die vom Verband getroffen werden sollen. Außerdem hat jedes Mitglied über An- und Verkauf von Vieh Buch zu führen. In den Interessentenversammlungen, die in der letzten Zeit von den Oberpräsidenten einberufen worden sind, ist diese Buchführung stark kritisiert worden, da sich der Handel nicht gern in die Karten legen lassen will. Aber eine solche Kriegsmäßigkeit ist notwendig, um eine Preisregulierung herbeiführen zu können; man muß einen Einblick in den Handel haben.

Auf Grund der neuen Organisation hofft man, eine gute Regelung der Fleischversorgung herbeiführen zu können. Ob und welche weiteren Eingriffe zur Erreichung dieses Zieles noch erforderlich sind, hängt naturgemäß von den Zeitverhältnissen ab.

Selbstverständlich soll der Handel nun nicht selbstständig marchieren. Ein Zentralverband der Viehhändlerverbände mit dem Sitz in Berlin wird die einheitlichen Direktiven geben, die Tätigkeit der Verbände regeln und überwachen und insbesondere bei der Preisbestimmung ausgleichend wirken.

Die Organisation ist zwar nur für Preußen geschaffen, doch werden sich die anderen Bundesstaaten einer solchen Einrichtung kaum entziehen können. Den kleineren Staaten ist die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar an die Preussische Einrichtung anzuschließen. Mit den anderen Staaten, die

sich nicht anschließen wollen, sondern eine ähnliche Einrichtung selbst schaffen, ist eine engere Verbindung möglich.

Dem Vortrage folgte eine längere Besprechung. Dabei wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, daß die neue Maßnahme nur ein Glied in der Kette weiterer wirtschaftlicher Maßnahmen sei, wie u. a. Einwirkung auf die Viehaufzucht und auf die Futterversorgung. Wenn aber auf der einen Seite der Viehhandel durch Syndikate organisiert ist, müsse auf der anderen Seite eine Konsumentenorganisation vorhanden sein. Deshalb müßten die großen Gemeinden und Kommunalverbände ernstlich daran denken, daß sie ihre Regier vereinigen, um das mit Hilfe der Syndikatsverbände herangebrachte Schlachttier zweckmäßig zu verteilen und zu verwerten. Die Stadt Ulm sei schon in Friedenszeiten in dieser Weise vorgegangen. Ohne Mitwirkung der Gemeinden würde die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nur unvollkommen sein. Unmöglich sei eine Vertretung der Städte in den Handelsvereinen gewesen. Um die Städte und Konsumenten hören zu können, würden in den Bezirken und im Zentralverbände Vertreter zugelassen. Wenn aber die Städte ihre Fleischgewerbe zusammen-schließen und unter ihre Leitung nehmen, dann würden die Städte als Vertreter der Konsumenten auch Einfluss auf die Fleischversorgung gewinnen. Die neue Organisation werde ihre Notwendigkeit besonders dann erweisen, wenn ein gewisser Viehmangel im Frühjahr naturgemäß zutage tritt. Mit den dann eintretenden Schwierigkeiten müsse man schon heute rechnen. Wenn aber die Vieh- und Fleischware in festen Händen liege, dann sei auch die Möglichkeit gegeben, die Verteilung in die Hand zu nehmen.

Die preussische Staatsregierung und mit ihr wohl auch die Reichsregierung geht bei ihrer neuesten Verordnung von zwei Prinzipien aus: auf der einen Seite soll der darobenden Bevölkerung, soweit es sich um die Fleischversorgung handelt, geholfen werden, und auf der anderen Seite soll der „legitimisierte Handel“ keinen Schaden erleiden. Beide Prinzipien lassen sich aber in großem Maße nicht miteinander vereinigen. Denn der Handel strebt nach möglichst hohen Profitten, wobei der Idealismus zur Seite gedrängt wird. Der bekannte Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus ist es ja auch auszusprechen, daß fast alle Maßnahmen der Regierungsstellen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung elend Schiffbruch gelitten haben. So wird es auch dem neuesten archaischen Plan der preussischen Regierung ergehen, wenn diese nicht vor weiteren energischen Maßnahmen zurückbleibt und selbst den geheiligten Profit der Interessentenfreie in Frage stellt.

Es wird wahrlich Zeit, daß auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gründlich Ordnung geschaffen wird, denn das Volk hat lange genug geklagt. Dazu gehört aber nicht nur eine geordnete Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel, sondern vor allem die Möglichkeit, diese zu erschwinglichen Preisen kaufen zu können.

Rebenbei bemerkt, haben sich auch schon die Viehhändler gegen die neue Organisation ausgesprochen. Der Verband der Viehhändler Deutschlands, sowie der Verein Berliner Viehkommissionäre haben in einer Resolution erklärt, daß die geplante Syndizierung des Viehhandels das ungünstigste Mittel sei, die augenblicklich ungelunden, das Volkswohl schädigenden, überaus hohen Vieh- und Fleischpreise zu mildern, und sie für sich die Verantwortung hierfür ablehnen. Die Versammlung war aber auch der Überzeugung, daß die Interessen leben Berufsstandes zurücktreten müssen, wenn im nationalen Interesse Versuche zur Beseitigung von Missetänden gemacht werden. Nur aus diesem Grunde soll dahin gewirkt werden, daß alle Viehhändler die Bestimmungen der Regierung unterstützen, damit nicht der Vorwurf gemacht werden kann, der deutsche Viehhandel habe in Deutschlands schwerster Zeit verlagert.

Zur Beachtung für Parteimitglieder! Auf die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins heute Mittwochabend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus machen wir die Mit-

glieder besonders aufmerksam. Guter Besuch ist dringend erwünscht.

Ein guter Fang. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde ein junger Mann festgenommen, der sich Walter Böhmisch nannte und schon seit einigen Tagen in Frankfurt in einem ersten Hotel wohnte und sich in Zählmeisteruniform befand. Er wurde als ein Defraudant aus Grünberg festgestellt, der wegen Unterschlagung von 36 000 Mark fest-brieflich verfolgt wurde. Als ihn die Polizei in Frankfurt festnehmen wollte, war er ausgerückt. In dem dort zurückgelassenen Koffer fand man noch 1100 Mark Bargeld und einen Depositionsschein über 12 000 Mark.

Zur Erhöhung des Milchpreises. In einer Bekanntgabe an ihre Mitglieder bestritten die „Vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und Umgebung“, daß sie — entgegen der Mitteilung des hiesigen Magistrats — eine Herausgabe von 4 Pfennig für das Liter Milch gefordert hätten. Der Verein hätte am 10. Januar den zuständigen Amtsstellen in einer Eingabe die Schwierigkeiten der Milchherzeugung dargelegt und betont, daß die Verhältnisse zu einer Willkür führen könnten. Es könne nur dann genügende Preisermäßigung erreicht werden, wenn die Landwirtschaft preiswerte Futtermittel erhalte. „Wir verzichten darauf, einen bestimmten Preis zu fordern, und betonen im Falle einer Ablehnung, daß wir unsere vaterländische Pflicht nicht vergessen.“ Es müßte aber jede Verantwortung abgelehnt werden, wenn nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen würden, um einer Willkür vorzubeugen. Zum Schluss heißt es jedoch in der Bekanntgabe, daß die Landwirte in einer späteren Besprechung mit den Behörden hervorgehoben hätten, daß eine Erhöhung um 4 Pfennig auf die Milchherzeugung zuge-einwirke würde, als eine solche von 2 Pfennig. Von einer bestimmten Forderung sei auch damals abgesehen worden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Sonnenberg, 16. Febr. (Anzeigepflicht des Arztes.) In der Platter Straße steht ein von rund 40 Personen bewohntes Haus, in welchem die gesundheitlichen Verhältnisse keineswegs die besten sind. In dem Hause wohnt neben anderen Familien die des Gärtners Ch. Im vergangenen Jahr erkrankten nacheinander fünf Mitglieder dieser Familie, wie später einmündig durch die bakteriologische Untersuchung festgestellt werden konnte, unzweifelhaft an Typhus. Beide Eheleute sind bei einem hiesigen Arzt beschäftigt. Als auch dort eine Typhuserkrankung stattfand, lag die Vermutung einer Übertragung der Krankheit vor, und es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet. Das preussische Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 30. Juni 1900 und 28. August 1905, legt den behandelnden Ärzten die Verpflichtung der Erstattung einer Anzeige in Fällen vor, in denen Typhus bei ihren Patienten erkannt ist. Im gegebenen Fall war der behandelnde Arzt der Sonnenberger Kommunalarzt Dr. Kieß, der die vor-schriftsmäßige Anzeige nicht rechtzeitig erstattet und dadurch das erwähnte Gesetz übertreten haben sollte. Seine Behauptung, er habe die Meldung von der Typhuserkrankung der Angehörigen des Gärtners gemacht, sobald er die Krankheit als Typhus erkannt habe, konnte nicht widerlegt werden. Das Wiesbadener Schöffengericht sprach ihn daher frei.

Küdesheim, 15. Febr. (Eine ungewöhnliche Be-gabung.) Als am Sonntag nachmittag um 3¼ Uhr drei Herren von einem Spaziergang nach dem Denmal durch den Auhweg zur Stadt zurückkehrten, strolchte vor ihnen aus dem Wiesbaderweg heraus ein schwarzer Keiler zur Stadt. Bei dem Wasserauffang in aller nächster Nähe der ersten Häuser machte der Keiler feht und ging in voller Flucht vier Schritte an den verdunsten Gesichtern der Herren vorbei wieder zurück in den Gessellweg; dort wollte er durch einen Weinberg wech-seln, woran ihn aber dessen Trambahnsumma hinderte, wor-auf das Wildschwein seinen Weg nachwärts weiter fortsetzte. Der Keiler war aus einem Treiben am Schirm bis zur Stadt ge-wechselt.

Münster, 15. Febr. (Freitag.) Die Rechnung der Kreis-kasse für 1914 wurde in der diesjährigen Sitzung des Kreistages in Einnahmen mit 138 004,61 Mark, in Ausgaben mit 133 082,84

Kleines Genilleton.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Für Herrn Gaud, der im Herbst nach 30-jähriger Bühnentätigkeit den „Lieben Vetter“ Ballet sagen will, sollen wir einen neuen Vertreter der „Operettenväter“ be-nehmen. Eine Aufführung und Ergänzung des Operetten-per-sonals kann unserer Bühne wahrlich nur von Vorteil sein. Man behilft sich, so gut es geht, mit Opernkräften, aber nur wenigen liegen diese Rollen der leichtgeschürzten Muse. Und doch bietet die gute Operette mit guter Besetzung eine an-ge-nahme und anziehende Abwechslung, auf die Unterhaltung kommt es ja in der Hauptache dem lieben Publikum an. Zwar eignen sich die weiten Räume unseres Hauses nicht besonders für die Operette, eine kleinere Bühne in intimer Rahmen ist dafür bedeutend wirkungsvoller. Auch kämen darin die Kräfte mit mittlerem Stimmumfang besser zur Geltung. Dieses Manco an stimmlicher Kraft merkte man auch an Herrn Walter Josef, der am Sonntag in Redbais „Volensblut“ als Jaremba und gestern Abend als Survan in Strauß' „Rigenerbaron“ gastierte. Der derb-komische Zug fehlte, was ja kein Fehler ist. Herr Josef weiß Maß zu ha-len und ergab sich besonders als polnischer Gutsherr und „Diplomat“ durch feines Spiel und überlegene Geste einen ganz achtbaren Erfolg. Am Rigenerbaron als erfolgreicher Schweinezüchter mit dem hohen „idealen Lebenswandel“ war er lebhafter und nicht minder wirkungsvoll. Er legt Wert auf deutsche Aussprache und brachte auch den ungarischen Akzent auf heraus. Sein Engagement wäre, wenn man nicht hohe himmlische Anforderungen stellt, zu empfehlen. Für Fräulein Doninger, die sich trotz ihrer Heiserkeit am Sonntag noch mit der „Selena“ abgab, sprang gestern Frau v. M. a. u. B. fei-fer aus Mannheim ein, die jedenfalls auch unter der Un-punkt des Wetters litt, aber doch die wunderbaren schmer-mühtigen ungarischen Weisen der „Saffi“ mit großer Wärme sang. Die Gesamtauführung unter der Leitung des Herrn De r t war recht flott und ziemlich gut besetzt. h-h

Schlechte Menschlichkeit.

Dr. Köster leidet eine Schilderung seines Aufenthaltes in Skopje (Mazedonien), der wir folgendes entnehmen: „Ich ver-

suchte gerade, einem deutschen Eisenbahner aus Bremerhaven ein Paar Kinder-Opansen billig einzukaufen, die er seiner Tochter schenken wollte — plötzlich hörte ich englische Worte. Hinter mir standen zwei englische Kerle mit dem Abzeichen des Roten Kreuzes. Sie arbeiten ungestört seit der Einnahme von Skopje oben in dem bulgarischen Kriegs-lager, das zwischen der Zitadelle und der römischen Wasserleitung liegt. Dieses Hospital ist einsig. Es birgt englische Kerle und Schwestern, ferbliche Verwundete und einen kranken fran-zösischen Leutnant aus der Schlacht von Aridolac. Die neu-tralen Staaten Europas sind mit Holländerinnen und Nor-wegerinnen und einem dänischen Arzt vertreten. In einem abseits liegenden Laboratorium arbeitet außerdem ein ameri-kanischer Bakteriologe, der den Erreger des Flecktyphus ge-funden zu haben glaubt. Dann kommt der neue Bierbund. Die Bulgaren haben die Leitung und füllen die meisten Säle. Ein kranker Türke liegt hier noch aus der Zeit vor Ausbruch des Krieges, deutsche, österreichische und ungarische Soldaten sind auf die einzelnen Säle verteilt. Dieses Lazarett ist dem internationalen Gedanken treu geblieben. Wie in jener schönen Vision August Strindbergs vom Genfer See flattert hier die rote Fahne im Angesicht der Schwebelänge des Schwar-zen. Und während ein deutscher Mann mit einer dänischen Schwester vom Balkon herunterspricht, sitzt ein bulgarischer Arzt neben dem jungen Franzosen in der Sonne und beobachtet einen Adler, der im Süden der Stadt über dem Fluße fliegt.

Das Lazarett, das ich unter Führung von Dr. Popoff, einem früheren Assistenten von Professor Hertwig (München) besichtigte, ist von der englischen Mission aufs beste ein-gerichtet. Ungetrüb ist das Verhältnis der Bul-garen zu den circa 50 teils feindlichen, teils neutralen Kol-legen und Kolleginnen, die hier — formell als Gefangene — ihren Dienst an Freund und Feind gleichermaßen willig tun. In den nächsten Wochen wird die Mission — bis auf ein paar besonders tüchtige neutrale Schwestern — nach Sofia über-siedeln.

Kriegsliteratur und Buchhandel.

Von „einer Abneigung, auch der Heimgebliebenen, gegen Kriegsliteratur jeder Art“ berichtet das „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“. Die diesjährige Rundfrage des Blattes an seine geschäftlichen Vertrauensmänner über das Wei-

nachtsgehalt im Buchhandel brachte aus der Mehrzahl der deutschen Städte die leidenschaftliche Feststellung, daß Kriegs-bücher zumeist nur noch als Jugendliteratur gekauft wurden. Solche ausdrücklichen Feststellungen berichtet das Buchhändler-Organ u. a. aus Heidelberg, Karlsruhe, Elberfeld, Hamburg („darin genügen mir die Zeitungen“, hieß es), ferner aus Regensburg, aus Soltau („nur keine Bücher über den Krieg“), aus Halle a. S., Münster i. W. („Kriegsliteratur wurde direkt verbrannt, Krieg haben wir genug“, war der allgemeine Ausdruck), ebenso aus den schlesischen Großstädten Leipzig und Chemnitz. Aus Berlin fehlt der Bericht über diesen Zweig des Buchgeschäftes.

Funkentelegraphie und Sonne.

Es dürfte wohl nicht unbekannt sein, daß in der Funken-telegraphie die Sonne die Rolle des Störers spielt. Es hat sich in einer langen Erfahrung immer wieder bestätigt ge-funden, daß man bei Tage mit derselben Energie lange nicht so weit drahtlos telegraphieren kann wie bei Nacht. Die Physiker erklärten diese Erscheinung damit, daß durch die Sonne die in der Luft schwebenden Wassertropfenchen und Staubteilchen mit Elektrizität geladen werden, wodurch die Leitungsfähigkeit der Luft stark abnimmt. Diese Annahme ist, wie wir einem Aufsatz in der Zentral-Neitung für Optik und Mechanik entnehmen, im Jahre 1912 auch durch ein interessantes Experiment erwiesen worden. In jenem Jahre fand im April für Europa eine Sonnenfinsternis statt. Bei Gelsenbein einer solchen ist es zwar Tag, aber die Sonne ist doch durch den davor tretenden Mond abgedeckt und kann während der Zeit des Durchgangs ihren Einfluss auf die be-schatteten Gebiete nicht ausüben. Die Versuchsstrecken waren Graz-Paris und Marburg-Paris. Während bei Nacht die von Paris aus gesandten elektrischen Wellen in Graz fast ebenso stark ankamen wie in Marburg, sind sie bei hellem Tage in Graz kaum wahrnehmbar, weil sie auch noch durch die dazwischen liegenden, etwa 3000 Meter hohen Ausläufer der Ostalpen behindert werden. Die Beobachtungen bei der Sonnenfinsternis haben nun gezeigt, daß sowohl in Marburg als auch in Graz die Stärke der ankommenden Wellen direkt von der Sonne abhängig war. Während der Dauer der Ver-sinsternung war die Verstärkung nahezu ebenso gut möglich, wie sonst in der Nacht.

Karl feige, so daß ein Ueberfluß von 1921,07 Mark verbleibt. Der Eisenbahn-Grundbesitzfonds schließt mit 11.100,38 Mark Einnahmen und 28.042,27 Mark Ausgaben ab. Gewollt wurden zur Verteilung der Ausgaben für die Familienunterstützungen die Aufnahme einer Anleihe bis zum Betrage von 800.000 Mark.

Aus den umliegenden Kreisen.

Für neue indirekte Reichsteuern?

In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses der zweiten Reichstagskammer gab es beim Budgetkapitel „Verhältnis zum Reich“ eine längere Auseinandersetzung über die zukünftige Finanzgebarung von Reich und Einzelstaaten, insbesondere über das Recht der Einzelstaaten auf die direkten Steuern. Abg. Ulrich (Soz.) vertrat den Standpunkt der Sozialdemokratie, Abg. Genrich den der Fortschrittler (Vertreter der Kriegsgewinne von Reichswegen). Abg. Dr. Pfann den der Nationalliberalen (Recht der Bundesstaaten auf die direkten Steuern), dem sich auch die Abg. Molthan (Frt.) und Weber (Hdb.) mehr oder weniger anschlossen. Der Finanzausschuß beschloß jedoch mit Mehrheit, folgenden Antrag dem Plenum vorzulegen: Die Kammer wolle die Regierung unter voller Billigung der Schlußanforderungen des Herrn Präsidenten des Finanzministeriums zu dem Hauptvoranschlag (also, daß die direkten Steuern vor jedem Zugriff des Reiches bewahrt bleiben) ersuchen, im Bundesrat Stellung zu nehmen gegen jede weitere Inanspruchnahme der Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich als einer schweren Schädigung der finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten und deren wirtschaftlicher und politischer Selbstständigkeit.

Gegen diesen Antrag stimmten die Abg. Ulrich und Genrich. Da die Ausführungen der Mehrheit mit der bekannten Unverletzlichkeit gegenüber der Frage etwaiger indirekten Steuern gehalten waren, sah sich Genrich gezwungen, klar gegen den Versuch zu protestieren, die Reichs-Kriegslasten durch indirekte Steuern zu decken, die die Mehrheit des Volkes ungerecht belasten. Wenn die Familienbater aus den Schützengräben heimkehren und der Lebensunterhalt der Familien neu belastet würde, so werde ein Schrei der Entrüstung durch das ganze Reich gehen. Ja, die Steuerfrage wird noch manche Nuz zu knaden geben. Darum folgen wir mit Recht, die Ernüchterung wird erst dann völlig eintreten, wenn die ungeheuren Summen, die der Krieg verschlungen hat und die gedeckt werden müßten, schwarz auf weiß vor uns liegen. Aus Vorstehendem geht unabweislich hervor, wem die Steuerlasten wieder aufgebürdet werden sollen.

Ein Reptilienfonds in Hessen.

Der hessische Finanzausschuß der zweiten Kammer verhandelte gestern über das Kapitel „Fonds für öffentliche und gemeinnützige Zwecke“. Es hat die früheren Landtage schon oft beschäftigt; namentlich seit 1910 ist die Diskussion über diesen Fonds nicht mehr zur Ruhe gekommen. Mit diesem Fonds hat die Regierung Mittel zur Verfügung, über deren Verwendung sie zwar dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt, freilich nicht im einzelnen, zu geben bereit ist, die sie indessen sonst jeder Verschwendung der Landstände entzogen wissen will. Die Reptilienanleihe in dem Fonds verbirgt ihre Entstehung den Abgeordneten, welche besonders privilegierte nichteheliche Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaften seit dem Jahre 1836 an die hessische Regierung entrichten mußten. Schon früher wurde dieser Fonds für ungesetzlich erklärt. Es kam zwar nicht zu einer prinzipiellen Lösung, wohl aber zu einer Vereinbarung zwischen Regierung und Landständen, wonach für Feuerlöschzwecke aus dem Fonds ein Drittel der Jahresbeiträge jener Gesellschaften auszugeben sei. Im Jahre 1910 gewann man der Regierung eine weitere Konzession, allerdings nur in gleicher Richtung, ab, indem die staatlichen Beiträge für die Provinzial-Feuerwehreinrichtungen in Ober- und Niederhessen von zusammen 40.000 Mark in der Folge aus dem Fonds bestritten werden sollten. Im übrigen aber verblieb die Regierung auf ihrem „Rechtsstandpunkt“, daß der Fonds zur freien Verfügung des Ministeriums des Innern stehe. Bei der Budgetberatung 1914 schien es, als ob man endlich einmal klare Verhältnisse schaffen wollte. Aber das Resultat der damaligen Ausschussverhandlungen war wiederum nur ein fauler Kompromiß: der zur freien Verfügung der Regierung verbleibende Teil aus dem Jahresbeiträgen des Fonds sollte nach oben eine Begrenzung erfahren.

In diesem Sinne hat die Regierung jetzt den Kammern in einer Regierungsvorlage (nicht etwa im Budget selbst!) eine neue Vereinbarung vorgeschlagen. Es soll also an der Rechtslage nichts geändert werden, so daß man weiter sehr wohl von einem Reptilienfonds der hessischen Regierung hier reden kann. In der Vorlage geht die Regierung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Fonds aus dem Wege, und ebenso auffallend bleibt es, daß die Regierung noch niemals legend eine Aufklärung über die Natur der aus dem Fonds erfolgten Ausgaben gegeben hat. Der Kaiser hat jetzt einen Kapitalstock von 1.100.000 Mark. Außer den Zuwendungen für Feuerlöschzwecke sollen zukünftig zusammen 50.000 Mark für die Provinzial-Feuerwehreinrichtungen in den drei Provinzen aus dem Fonds bestritten werden. Ein Betrag von 50.000 Mark soll mindestens zur freien Verfügung der Regierung stehen. Uebrigens ist die Jahresbeiträge dann noch diese Summe, so soll die Hälfte zur Verfügung der Kammern (d. h. im Budget) stehen, während die andere Hälfte zu den 50.000 Mark zugeschlagen ist. Der Ausschuß ist der Meinung, daß das verfassungsmäßige Einnahmeverwehrrrecht des Landtages auch hinsichtlich dieses Fonds unbestritten sein muß und in der vorgeschlagenen Vereinbarung mit der Regierung zu wahren sei. Ob es zu letzterem Schritt kommen wird, darf nach den gemachten Erfahrungen vorerst dahingestellt bleiben.

Büdesheim, 16. Febr. (Ein gemeiner Kerl.)

Ein verabschiedungswürdiger Weise hat sich der frühere Badermeister Joh. Wolf von hier einem auf demselben im Felde verwundeten Kollegen, dem Badermeister Rebold in Büdesheim gegenüber benommen. Rebold lag längere Zeit an der Verwundung im Lazarett und war zuletzt für gartendienstfähig erklärt und dem Landsturm-Bataillon Darmstadt überwiesen. Er war auch verschiedentlich in seiner Heimat in Urlaub. Eines Tages lief ein von einem Landsturmann Stumm unterzeichnet Brief beim Bataillon ein, in welchem Rebold als Drückberger bezeichnet wurde, der nach seiner eigenen Aussage längst wieder feildienstfähig sei. Die Ermittlungen ergaben nun, daß diese Angaben falsch waren. Als der Briefschreiber stellte sich der oben erwähnte Wolf heraus, der bei den verschiedenen Badermeistern, die selbst im Felde oder deren Gehilfen eingegeben waren, ausbittend tätig war, so auch bei der Ehefrau des Rebold. Der Angeklagte gab zu, einen Brief in der Aufregung und Ueberarbeit

tung geschrieben zu haben. Der Landsturmann war längst im Felde gefallen. Da auf Uebernahmefähigkeit, die einem anderen Schaden bringen soll, Auditsstrafe steht, beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus, doch wurden dem Angeklagten, der geständig ist, noch einmal mildernde Umstände abgebilligt und er kommt mit sechs Monaten Gefängnis davon. Nur schade, daß man nicht alle derartigen Denunzianten fassen kann.

Oppenheim, 15. Febr. (Kerstbäume-Telegraphenleitungen.) Zwischen hier und Guntersblum hat heute ein bester Sturm nahezu 50 Doppelgelenke der Telegraphenlinie an der Bahnstrecke Worms-Mainz völlig umgelegt. Das Gestänge trägt etwa 50 Drähte, meistens Fernleitungen der Reichspost. Störungen in der Abwicklung des Fernverkehrs werden sich kaum bemerklich machen, da der Postverwaltung genügend Leitungen zur Verfügung stehen.

Aus Oeffen, 16. Febr. (Sturmschaden.) In Darmstadt wurde ein junges Mädchen in der Hermannstraße von einem abströmenden Baumstamm getroffen und so schwer verletzt, daß es in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Bei Kirchheim in Oberhessen ging ein Unwetter mit heftigen elektrischen Entladungen und schwerem Hagelschlag nieder. Das an den Häusern erheblichen Schaden verursachte und viele Häuser entzündete. Aus Groß-Karben wird ferner gemeldet, daß der Sturm dort außer anderen Verheerungen auch von mehreren Gebäuden die Dächer abriß und in die Tiefe schleuderte.

Aus Frankfurt a. M.

Sturmnachrichten.

In Frankfurt und Umgebung wütete Dienstag nachmittag ein furchtbarer Sturm, der nicht allein in der Stadt, sondern auch in den Nachbarorten gewaltiges Unheil anrichtete. Menschen verunglückten, Vieh wurde getötet, Bäume entwurzelt, die Luft heraufgewirbelt. Hier und dort, so am Goldschmied, in der Friedberger Anlage, am Gänsebergpark wurden sogar Bäume entwurzelt. Auf der Gänsebergstraße blieb keine Laterne ganz; überall wurde das Gehäule herabgeschleudert. Abends herrschte dort vollständige Dunkelheit. Im Main fand infolge des Sturmes ein Kohlenstich. Von den vor dem Hauptbahnhof stehenden Wandelstufen wurden die Vordächer heruntergeweht, im Bahnhof große Richtungschilder zertrümmert. Vor einem Hotel am Hauptbahnhof lag das aus Glas gefertigte Kriemhildschild herab und zerbrach in unzählige Stücke. Auf der Untermainbrücke sackte der Sturmbaum ein Fußwerk und warf es auf die Seite, auch auf der Scherzheim Landstraße wurde ein Mietwagen umgeworfen. Am Barthmannschen Schulgebäude am Markmarkt zertrümmerte der Sturm eine große Glastür. In der Viehstraße und in Bodenheim stürzten Schornsteine um, so daß die Feuerwehren alarmiert werden mußten. In Bodenheim wäre es um ein Haus um ein Menschenleben gekommen. In der Hölzchen Landstraße war ein 30 Meter hoher Schornstein zusammengeknickt. Die Stöße fielen mit solcher Wucht auf ein kleines einstöckiges Hinterhaus, daß dieses bis auf die Umfassungsmauern zertrümmert wurde. Eine alte Frau, die von der Arbeit heimgekehrt war und gerade das Herbeigehen wollte, wurde unter den Trümmern begraben, doch bildeten die eingestürzten Sparren eine Art Schutzdach. Von Mannschaften der Bodenheimer Wehr und Soldaten wurde die Frau aus ihrer unglücklichen Lage befreit. Sie hatte nur einige Handabreibungen davongetragen. Am vom Sturm mitgenommen wurden ferner die Anlagen des Bodenheimer Vereins für Kleingartenbau. Viele mit Fleiß und Mühe hergerichtete Gartenhäuschen sind vollständig zerstört; sie gleichen förmlichen Trümmerhaufen. Aunge Bäumchen sind entwurzelt und die Gassen und Wege für Schlingrosen unpassierbar, sie konnten im Boden noch so fest gesteckt sein. In Eschborn wurde ein Schornstein abgedeckt, in Eschborn das Dach einer Fabrik. Nennenswerte Verletzungen von Personen sind bis jetzt nicht gemeldet worden; der Sachschaden ist aber sehr groß.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. Februar.

Zweite Lesung des Gesetzes.

Abg. Gersch (Kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission über die Ernährungsfragen und empfiehlt die von der Kommission vorgelegten Resolutionen.

Abg. Hoff (Fortsch. Vpl.) stellt mit Bezugnahme fest, daß es gelungen ist, jegliche Not dem deutschen Volke fernzuhalten und trotz aller Abzögerungen unsere Ernährung gesichert zu stellen. Gleichwohl bedarf es zu diesem Zweck auch weiterer sorgfältiger Wirtschaft und der verhandlungsweisen Zusammenarbeit der Produzenten, Händler und Konsumenten. Die deutsche Landwirtschaft habe Tüchtiges geleistet, die Kartoffelfrage sei allerdings nicht gelöst und der Wirtschaftsstand nicht geregelt. Staat und Reich sollen den Gemeinden Zuschüsse leisten, damit diese in Maßnahmen der milderen Verhältnisse anzureichern. Nahrungsmittel für einen unter dem Ernährungspreis liegenden Preis zur Verfügung stellen.

Abg. v. Cerny (Fortsch.): Die der Landwirtschaft gemachten Vorwürfe beruhen auf mangelnder Kenntnis der Schwierigkeiten der Landwirtschaftlichen Betriebe. In Reichenszeiten sind 60 Prozent der Kartoffeln veräußert worden. Wie kann man sich da wundern, wenn auch jetzt mehr Kartoffeln veräußert werden, als wünschenswert ist. Des weiteren tritt der Redner für die Beschlässe der Kommission ein.

Abg. Westermann (Kons.) ist durch die Verhandlungen der Kommission überzeugt, daß wir wirtschaftlich durchhalten können, wenn nur sparsam von allen Beteiligten gewirtschaftet wird. Die Kartoffelfrage würde uns jetzt nicht beschäftigen, wenn der Bundesrat gleich zu Anfang höhere Preise für die Produzenten festgelegt hätte. Die Verkaufspreise hätten deshalb nicht höher zu sein brauchen. Sollte jetzt die Versorgung der Bevölkerung gefährdet bleiben, so wird man zur Beschlagnahme schreiten müssen.

Morgen 11 Uhr Fortsetzung.

Generalversammlung des Malerverbandes.

k. Berlin, 14. Febr.

Die Generalversammlung in von 41 Delegierten (Stüber die doppelte Zahl), so 6 Vorstandsmitgliedern und Gausleitern besucht. Den Vorsitz nahm Kommerzienrat (Hannover), die Generalkommission Silberstein (Berlin). Die Vorberorganisationen in Osterode und Soltau haben Vertreter entsandt.

In der Eröffnungsrede betonte der stellvertretende Vorsitzende Strecker, der Verband habe bei Ausbruch des Krieges gleich den übrigen Gewerkschaften auf den Standpunkt gestellt, daß die Kulturereignisse Deutschlands verteidigt werden müßten. Der Krieg habe allerdings auch in den Kollegenkreisen schon große Opfer gefordert; von den 25.000 Mitgliedern (74 Prozent der Mitgliederzahl) die eingezogen wurden, seien bereits 1400 gefallen. Strecker gedachte in warmen Worten des verstorbenen bisherigen ersten Vorsitzenden des Verbandes, Tobler.

Der Geschäftsführer berichtete für die Jahre 1913-15 errichtete Strelze (Hamburg). Wir haben bereits aus den gedruckten Berichten über 1913 und 1914 einen Auszug gebracht, auf den wir verweisen. Die vorliegende Geschäftsperiode bezeichnete Strecker als die wichtigste und arbeitsreichste aller Perioden. Die erste Hälfte 1914 brachte gegenüber den Vorjahren eine bessere Konjunktur; der

Ausbruch des Krieges war alle Hoffnungen über den Hausen. Dachte das Jahr 1914 auch in der Mitgliederbewegung einen guten Anfang genommen — die Mitgliederzahl stieg von Jahresbeginn bis zum Schluß des zweiten Quartals um 2400 auf 47.250 —, so brachte der Krieg durch das Eingeben der Kollegen einen raschen Niedergang. Ende 1915 betrug die Mitgliederzahl nur noch 9574. Strecker besprach ausführlich die innerorganisatorischen Maßnahmen des Verbandes, die sich durch den Krieg nicht machen, und betonte, Generalkommission und die politische Vertretung der Arbeiterschaft hätten auf sozialem Gebiet und in der Lebensmittelfrage alles getan, was im Interesse der Arbeiterschaft getan werden konnte. Manche Erfolge seien zu verzeichnen.

Der Kassendirektor gab Wenzler (Hamburg). Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen in den Jahren 1913 2.198.000 Mark, 1914 2.231.000 Mark und 1915 nur 573.000 Mark, die Ausgaben 1913 2.048.000 Mark, 1914 1.184.000 Mark und 1915 auf 825.882 Mark.

Als das Verbandsorgan berichtete Redakteur Karl (Hamburg). In den Vorgängen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft hätte das Verbandsorgan nicht stillstehend vorübergehen können. (Sehr richtig!) Der Verband habe schon selbst gegen Versplitterungsversuche kämpfen müssen; er wisse darum am besten, was diese bedeuten und müsse sich darum auch jetzt gegen jede Versplitterung wenden. Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus das einzig richtige. Dem hätte das Verbandsorgan Rechnung getragen.

In der Rücksprache über diese Berichte wurden besonders die innerorganisatorischen Maßnahmen des Verbandes erörtert, die bei Ausbruch des Krieges getroffen worden waren. Die aufgeworfene Frage, ob die Mitglieder, die zeitweise vom Militär entlassen resp. beurlaubt werden, beitragspflichtig seien, wurde von Vorstandsseite dahin beantwortet, daß, wenn diese Kollegen verdienen, sie auch wieder Beiträge leisten müßten.

Nach den Schlußworten wurde dem Vorstand Entlassung erteilt.

Berlin, 15. Febr. Die Generalversammlung hat, wie am Tage vorher schon die Unternehmerorganisation, die neuen Tarifvereinbarungen einstimmig genehmigt. Ausführlicher Bericht folgt.

Zur Tarifffrage im Baugewerbe.

Laut „Vorwärts“ beruft der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine Hauptversammlung auf den 29. Februar nach Berlin ein, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten, nachdem die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterverbände zunächst gescheitert sind.

Wirkung der Tabakeinkaufszentrale.

Die Nachricht von der beabsichtigten Gründung einer deutschen Zigaretten- und Zigarren-Einkaufszentrale, die etwa Mitte Dezember in den in Sumatra erscheinenden französischen, griechischen und in den hiesigen Zeitungen bekannt gemacht wurde, hat zur unmittelbaren Folge gehabt, daß alle dortigen Tabakverkäufer ihre Angebote zurückzogen und beifolten, die Ankunft der deutschen Einkaufskommission abzuwarten, da sie sich durch deren Monopolstellung eine weitestliche Befreiung der Verkaufspreise versprechen.

Es konnte ferner festgestellt werden, daß die gesamte Kaufmannschaft in Sumatra von einer Spekulationswut im Hinblick befallen worden ist. Fast jeder über größere Mittel verfügbare Kaufmann kauft Tabak ein, in der sicheren Voraussicht, daraus große Gewinne zu erzielen, zumal auf eine nennenswerte Ernte in diesem Jahre in Sumatra nicht zu rechnen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Genosse K. Döhl. Die Vereinsnotiz kam für die Dienstagsnummer zu spät.

Fran W. St., Frankfurt. Politische oder andere gesellschaftliche Bestimmungen darüber existieren nicht. Wenn schließlich, daß ein Geschäft Butter hat, sie aber nicht verkauft, wende man sich an die Polizei.

Feldpost.

Vom Schützengraben an der Strapa. Sie reimen: „Wohl saßen Viedesgaben recht zahlreich zu uns her, doch keiner will sie haben, sie vollern uns zu sehr. Durch Viedesgaben der Heimat uns jeder ist beglückt, die zur zweiten Kriegsweltmacht man zahlreich uns geschickt. . . . Will man 'ne Stunde pennen, können uns die Kämp nicht ruh'! Sie krabbeln wo sie können, mein Nachbar schwärzt dazu. Jedoch nach Aufzählung mancher 'Anschaulichkeit' schließe ich: „Aber nichts kann uns verderben, wir halten alle aus, bis daß wir Frieden schließen; mit Durra geht's dann noch ganz!“ — Bravo! Hoffentlich kann die tapferste Kompanie dieses Quartals bald wirklich aufleben.

Gersag, Neubreisach. Bei Postbestellungen haben wir auf die Art der Auslieferung keinen Einfluß.

Bromberg. Monatlich 70 Pfennig, die Sie am besten von dort einschicken oder jemand beauftragen, der hier in unserem Geschäft die Beiträge regelt.

Gensel. Geld ist eingetroffen; es reicht bis Ende März. Lassen Sie so viel nicht mehr zusammenkommen.

Neues aus aller Welt.

103 Jahre alt. Das „Berliner Tageblatt“ meldet uns Lübeck: In Gottfried starb die Witwe Katharine Jensen in fast vollendetem 103. Lebensjahr. Vor zehn Jahren konnte sie mit ihrem inzwischen im 92. Lebensjahre verstorbenen Mann die eiserne Hochzeit feiern.

Telegramme.

Serbenflucht durch Griechenland.

Athen, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die Blätter melden: Der Präsekt von Florina verhandelt mit dem bulgarischen Präsekt von Bitolia (Monastir), um die Eisenbahnverbindung Florina-Bitolia wieder herzustellen. Die serbischen Abteilungen, die in der Gegend von Elbasan und Tirana operierten, überschritten die griechische Grenze im Epirus und begaben sich nach Santa Quarenta, wo sie nach Korfu eingeschifft wurden.

Wiesbadener Theater.

Kassenspieler-Theater.

Dienstag, 17. Febr., 7 Uhr: „Reichen Geber“. Freitag, 18. Febr., 7 Uhr (Vollbesetzung): „Hochzeit in Solanig“. Samstag, 19. Febr., 7 Uhr (neu einstudiert): „Die große Mode“. Sonntag, 20. Febr., 12 Uhr: Vortrag Herr-Georg: „Aus den Literaturbüchern des Jolan“. — 14 Uhr: „Wo ich noch in Blüthe“. — 16 Uhr: „Die große Mode“.

Königliches Theater.

Donnerstag, 17. Febr.: „Don Juan“. Abonn. C. Freitag, 18. Febr.: „Rachmann als Erzähler“. Abonn. Samstag, 19. Febr.: „Die Nidin“. Abonn. B. Sonntag, 20. Febr., 2 1/2 Uhr: „Lumpacibagabundus“. (Gastspiel Artol de Rodilla): „Garmen“. Abonn. C. Montag, 21. Febr.: „Iphigenie auf Tauris“. Abonn. D.